

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-  
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Pfitzelle oder deren  
Raum 50 Pfg., auswärtig 60 Pfg., Reklamezeilen  
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-  
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 210

Februar 179.

Wildbad, Freitag, den 10. September 1920.

Februar 179.

54. Jahrgang

### Was leistet das Reich für die Kriegs- beschädigten und Kriegshinterbliebenen?

I.

Ueber die Leistungen des Reichs für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen besteht in weiten Kreisen des Volks, insbesondere bei den Kriegsveteranen selbst, vielfach Unklarheit. Die Leistungen richten sich hauptsächlich nach dem Reichsvorsorgegesetz; aus ihm wird auszugswise folgendes mitgeteilt:

Der Kriegsbeschädigte erhält eine Rente, die sich nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit, nach seinem bisherigen Beruf, der Größe der Familie und den Lebensverhältnissen an seinem Wohnort richtet; der frühere militärische Dienstgrad bleibt außer Betracht. Der Berücksichtigung des früheren Berufs dient die Ausgleichszulage. Sie beruht auf dem Gedanken, daß die Erwerbsminderung des Beschädigten nach ähnlichen Grundsätzen ausgeglichen werden soll, wie in den Tarifverträgen der Lohn nach Kenntnissen und Fertigkeiten, Leistung und Verantwortung abgestuft ist. Je nach dem Beruf, den die Kriegsbeschädigten vor ihrem Militärdienst ausgeübt haben, werden drei Berufsgruppen gebildet. In die erste Berufsgruppe, die keine Ausgleichszulage erhält, fallen die ungelernten Arbeiter, in die zweite Gruppe, die etwa 70 Prozent aller Kriegsbeschädigten umfaßt, gehören u. a. alle Gesellen, Facharbeiter und sonstigen gelernten Arbeiter und Angestellten, sowie alle übrigen Arbeiter und Angestellten, deren Tätigkeit erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert; sie erhalten eine Ausgleichszulage von einem Viertel der Rente. In die dritte Gruppe, der eine Ausgleichszulage in der Höhe der halben Rente zusteht, sind u. a. einzureihen: Angestellte in leitender oder sonst besonders verantwortlicher Stellung in größeren Betrieben, sowie Werkmeister und Arbeiter, deren Tätigkeit außergewöhnlich hoch zu bewerten ist. Ist ein Kriegsbeschädigter nur infolge der Beschädigung gehindert, einen Beruf zu ergreifen, der in eine höhere Berufsgruppe eingereicht ist, so wird ihm die Rente nach dieser höheren Berufsgruppe gewährt.

Hat ein Kriegsbeschädigter Kinder, so erhält er außerdem noch für jedes Kind eine Kinderzulage in Höhe von einem Zehntel seiner Rente.

Hiernach erhält ein früherer gelernter Arbeiter bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 Prozent in der Ortsklasse A (Großstadt) jährlich 2850 Mk., mit 2 Kindern 3420 Mk., mit 4 Kindern 3990 Mk., mit 6 Kindern 4556 Mk.; in der Ortsklasse C (Ort mit mittleren Lebensbedingungen) 2531 Mk., mit 2 Kindern 3037 Mk., mit 4 Kindern 3544 Mk., mit 6 Kindern 4050 Mk., und in Ortsklasse E (Ort mit billigen Lebensbedingungen) 2111 Mk., mit 2 Kindern 2531 Mk., mit 4 Kindern 2955 Mk., mit 6 Kindern 3375 Mk. Ein völlig erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter, früher gelernter Arbeiter, erhält in Ortsklasse A 6964 Mk., mit 2 Kindern 8355 Mk., mit 4 Kindern 9746 Mk., mit 6 Kindern 11137 Mk.; in Ortsklasse C 6187 Mk., mit 2 Kindern 7425 Mk., mit 4 Kindern 8662 Mk., mit 6 Kindern 9900 Mk., und in Ortsklasse E 5156 Mk., mit 2 Kindern 6187 Mk., mit 4 Kindern 7219 Mk., mit 6 Kindern 8250 Mk. Noch im März 1920 erhielt ein völlig erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter, der heute Anspruch auf vorstehende Rente hat, ohne Rücksicht auf die Größe seiner Familie, mit Kriegs- und Versümmelungszulage, Rentenzuschlag und Teuerungszulage insgesamt jährlich nur 2217 Mk.

Bei schwerer Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit erhält der Kriegsbeschädigte nach einer Verordnung, die in diesen Tagen ergeht, eine Rente auch dann, wenn seine Erwerbsfähigkeit auch nicht beeinträchtigt ist. Der Kriegsbeschädigte, der einen Arm verloren hat, hat Anspruch auf die oben genannte 50prozentige Rente auch dann, wenn er seinem Beruf vollständig nachgehen kann. Ist er in seinem Beruf höher, etwa 70 Prozent beeinträchtigt, so erhält er die entsprechend höhere Rente.

Bedarf der Beschädigte fremder Wartung und Pflege, so erhält er neben der Rente eine Pflegezulage von 750 bis 1875 Mk. Jeder Kriegsbeschädigte erhält daneben freie Heilbehandlung seines Leidens, sowie die erforderlichen Körpererhaltungsmittel, orthopädischen und anderen Hilfsmittel. Der Beschädigte hat außerdem Anspruch auf un-

entgeltliche berufliche Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit, insoweit er durch die Dienstbeschädigung in der Ausübung seines Berufs oder in der Fortsetzung einer begonnenen Ausbildung wesentlich beeinträchtigt ist. Daneben tritt die soziale Fürsorge mit den erforderlichen Fürsorgemaßnahmen, im wesentlichen zu Lasten des Reichs, ein.

Die Durchführung des neuen Reichsvorsorgegesetzes wird dem Reich jährlich etwa 5 1/2 Milliarden Mark kosten, also fast 100 Mark auf den Kopf eines jeden Deutschen ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Um bei der ungünstigen Finanzlage des Reichs die Rente der Schwerbeschädigten auf den vorgenannten erheblichen Betrag festlegen zu können, mußte das Gesetz für Kriegsbeschädigte, die sich durch ihr Vermögen oder Arbeitseinkommen in günstigeren Verhältnissen befinden, Rentenzuschläge in entsprechendem Maße vorsehen. Ueber den Umfang dieser Zuschläge besteht weitgehende Unkenntnis.

### Neues vom Tage.

#### Die Kohlenlieferung.

Berlin, 9. Sept. Die Reichsregierung hat in einer Note den Vorschlag des Verbands in Paris darauf aufmerksam gemacht, daß ihre die Erfüllung des Vertrags von Spa künftig nicht mehr voll möglich sei, wenn die Kohlenförderung, die Deutschland zur Zeit der Verhandlungen in Spa zur Verfügung stand, durch die Unordnung in Oberschlesien noch länger vermindert werde.

#### Eisenbahnerstreik?

Berlin, 9. Sept. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat eine Vertretertagung für Sonntag nach Berlin einberufen, um zur Eisenbahnerbewegung Stellung zu nehmen. Dem Deutschen Eisenbahnerverband liegen von vielen Ortsgruppen Anträge auf sofortige Erklärung des allgemeinen Eisenbahnerstreiks vor.

#### Verhinderte Munitionsendungen.

Berlin, 9. Sept. Die Eisenbahner in Rothenburg, Meiningen und Sangerhausen (Prov. Sachsen) haben am Dienstag Munitionsendungen für die Reichswehr zurückgehalten.

#### Aus dem Parteileben.

Berlin, 9. Sept. Der Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei findet am 24. Oktober in Halle a. S. statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage des Anschlusses an die Dritte (Moskauer) Internationale.

Die Konferenz der französischen Textilarbeiter lehnte den Anschluß an die dritte Internationale mit 5256 gegen 377 Stimmen ab.

#### Der Bayerische Landtag.

München, 9. Sept. Der Bayerische Landtag wird am 5. Oktober wieder zusammenzutreten.

Bei einem unter Diebstahlverdacht verhafteten Mitglied der Kommunistischen Partei in München wurde eine Rechnungsliste von wohlhabenden Mitgliedern der Einwohnerwehr gefunden.

#### Antrag auf Beseitigung der Außenhandelsstellen.

Hamburg, 9. Sept. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, beim Reichstag dahin vorstellig zu werden, daß die Außenhandelsstellen beseitigt werden.

#### Kohlenüberfluß in Frankreich.

Paris, 9. Sept. Wie der „Petit Parisien“ vom Arbeitsminister erzählt, hat Frankreich im August außer den deutschen Kohlenlieferungen 800 000 Tonnen aus England, 280 000 Tonnen aus Amerika und 80 000 Tonnen aus Belgien eingeführt und außerdem 1 650 000 Tonnen selbst gefördert, so daß es im August insgesamt 4 360 000 Tonnen erhalten hat. Der Vorrat der französischen Eisenbahnen besitzert sich jetzt auf 800 000 Tonnen wie vor dem Krieg.

#### Der Gewerkschaftskongress in Portsmouth.

London, 9. Sept. Der englische Bergarbeiterkongress hat den Generalstreik auf unbestimmte Zeit verschoben und die Regierung um neue Verhandlungen ersucht. Der britische Handelsminister hat sich bereit erklärt, eine Abordnung der Bergarbeiter zu empfangen und

die Vermittlung der Regierung in dem Streit einzuleiten.

Der Gewerkschaftskongress erhob gegen die Weigerung der britischen Regierung, die russischen Gewerkschaftsbeauftragten nach England zuzulassen, Einspruch. Ein Antrag verlangt, daß die Regierungsausgaben für militärische Unternehmungen zu Wasser und zu Land aufgehoben werden. Kriegsbeschädigten müßten bis zu einem angemessenen Betrag genau festgestellt werden. Die internationalen Schulden müßten durch den Völkerverbund ausgeglichen werden unter Bedingungen, die vom Bund festgestellt werden, um verarmte Länder mit Arbeitsmitteln zu versehen.

#### Die russische Antwort.

London, 9. Sept. Die russische Abordnung hat die Antwort der Sowjetregierung auf die letzte entschiedene Note des Außenministers Balfour übergeben. Die Antwort ist in sehr sanftem Ton gehalten und beklagt die plötzliche Wendung in der Haltung der englischen Regierung. England scheine zu glauben, daß in der militärischen Lage zwischen Rußland und Polen eine völlige Aenderung eingetreten sei. Das treffe nicht zu, nur ein russisches Teilunternehmen sei mißglückt. Die Kräfte Rußlands gegen Polen seien nicht gebrochen. Wenn also England vor drei Wochen Rußland als Sieger das Recht zuerkannt habe, die Friedensbedingungen vorzuschreiben, so habe sich an der Lage nichts geändert.

Paris, 9. Sept. Der britische Botschafter Lord Derby, der die Verhandlungen mit der französischen Regierung wegen der Anerkennung der Regierung Brangels durch Millerand zu führen hatte, ist von seinem Posten zurückgetreten. Lord Cardinge ist sein Nachfolger.

#### Der Streik in Italien.

Rom, 9. Sept. Der Verband der Industriellen hat die Vorschläge der Regierung abgelehnt, solange die Arbeiter die Fabriken besetzt halten. Die Geschäftsleitung der sozialistischen Partei berät mit den sozialistischen Mitgliedern des Parlaments über die Lage. Die Partei hat sich darüber schlüssig zu machen, ob sie die politische Verantwortung für den Streik, der mehr und mehr aus dem wirtschaftlichen Rahmen heraustreift, weiter übernehmen will. Die Sozialisten aller Richtung glauben, wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, daß die Zeit des Proletariats noch nicht gekommen sei und daß den radikalen Bestrebungen Widerstand geleistet werden müsse.

In Livorno haben die Eisenbahner und Hafenarbeiter sich mit den streikenden Metallarbeitern einig erklärt und diesen die vorhandenen Rohstoffe ausgeliefert. Die von den Arbeitern besetzten Fabriken können zum Teil aus Mangel an Rohstoffen nicht mehr weiter arbeiten. Verschiedene Hochöfen müßten wegen Mangels an Arbeitskräften den Betrieb einstellen. Die dem Großindustriellen Ansaldo gehörende, während des Kriegs gegründete Schiffahrtsgesellschaft „Transatlantica Italiana“ mit einem Kapital von 100 Millionen Lire ist unter Staatsverwaltung gestellt worden, weil sie angeblich deutschen Ursprungs sei.

Der „Corriere della Sera“ schreibt, der Schatzminister sei nicht geneigt, die Betriebe zu verstaatlichen oder staatliche Zuschüsse zu leisten. Nach dem „Popolo d'Italia“ haben verschiedene sozialistische Abgeordnete die Einberufung der Kammer verlangt.

Der Generalstreik in Triest ist beigelegt.

#### Aus dem besetzten Gebiet.

Saarbrücken, 9. Sept. Die Angestelltenverbände des Saargebiets haben wegen der fortschreitenden Teuerung den Arbeitgeberverbänden neue Gehaltsforderungen überreicht.

#### Krieg im Osten.

Memel, 9. Sept. Die litauische Regierung hat das Ultimatum der polnischen Regierung, die von Polen beanspruchten Gebiete zu räumen, abgelehnt, sich jedoch bereit erklärt, den Vormarsch an der wirklichen Volksgrenze einzustellen. Zugleich gab sie den Befehl zur Mobilisation. — Die Litauer rücken langsam gegen Süden vor. Die Grenzwachposten bei Ratschk (zwischen Olesko und Lyd) sind von den Litauern besetzt.





